Stand: 07.09.2026 14:29:20

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/385

"Durchgreifen und Abschieben - Regensburger Schülerinnen vor straffälligen Asylbewerbern schützen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/385 vom 06.02.2024
2. Beschluss des Plenums 19/410 vom 07.02.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 07.02.2024

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 06.02.2024 **Drucksache 19/385**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**

Durchgreifen und Abschieben – Regensburger Schülerinnen vor straffälligen Asylbewerbern schützen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgende Maßnahmen zu ergreifen, um den rapiden Verfall der öffentlichen Sicherheit in Regensburg aufzuhalten:

1. entschiedene Remigrationspolitik, das heißt konsequente Abschiebung aller illegal eingereisten Migranten
2. konsequente Verfolgung von Straftätern
3. Bestreifung der Kriminalitätsschwerpunkte in der Fürst-Anselm-Allee und dem Fürst-Anselm-Park mit ausreichendem Personalansatz, um somit ein „sicheres Regensburg“ zu garantieren
4. systematische Kontrollen, die eine Abschreckung von potenziellen Straftätern vor allem im Umkreis des Regensburger Bahnhofs und der Unterkünfte für Asylbewerber gewährleisten

Begründung:

Am 26. September 2023 berichtete die Regensburger Stadtzeitung vom „Angstraum Regensburger Bahnhof“, am 10. Oktober 2023 von „Sexualdelikte am Bahnhof: hoher Ausländeranteil“ – hierbei wurde durch das Polizeipräsidium Oberpfalz mitgeteilt, dass die festgestellten Tatverdächtigen bei Sexualdelikten im Jahr 2022 im Bahnhofsviertel Regensburg in allen Fällen „nicht deutsch“ gewesen seien.

Am 31. Oktober 2023 schreibt die Mittelbayerische Zeitung „Regensburger Polizei bestätigt drei Sexualdelikte am Wochenende – eines davon war schwer“. Die Regensburger Polizei bestätigt laut dem Artikel Straftaten im Bahnhofsumfeld. Laut Regensburger Stadtzeitung habe es sich beim Täter des schweren Deliktes um einen Tunesier gehandelt.

Am 03. November 2023 berichtet die Regensburger Stadtzeitung von einer offenen Drogenhändlerszene an der Fürst-Anselm-Allee in Regensburg, im Umkreis des Bahnhofes. Die Drogenhändler waren „drei arabisch anmutende Männer“.

Am 18. Dezember 2023 kam es auf Facebook zu einem Hilferuf durch den Leiter eines örtlichen EDEKA-Marktes in Regensburg: „Jeden Tag kommen zu uns schwarz gekleidete Männer, alle aus den Asylwohnheimen in Regensburg. Machen Rucksäcke und Taschen voll, gehen, ohne die Ware zu bezahlen, durch den Eingang wieder raus.“ Eine Anfrage der Bild-Zeitung vom 22. Dezember 2023 konnte die Polizei bestätigen, dass seit „Herbst 2023 Häufungen von Ladendiebstählen“ bestehen. Bei den Tatverdächtigen sei ca. ein Drittel der Fälle tunesischer Staatsangehörigkeit und Asylbewerber. Dies ist nach unseren Kenntnissen kein Ausnahmefall, denn der Marktleiter erhielt „sehr viel

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Zuspruch“ – von Marktleitern aus ganz Bayern – aus Nürnberg und dem Münchner Raum.

Am 26. Januar 2024 berichtete die Mittelbayerische Zeitung, dass bereits das zweite Sexualdelikt innerhalb weniger Tage stattgefunden hat. Laut Bild-Zeitung vom 02. Februar 2024 wurde am 25. Januar 2024 eine 29-Jährige unweit des Bahnhofs vergewaltigt – die zwei tatverdächtigen Tunesier wurden in einer Unterkunft für Asylbewerber festgenommen. Bei diesem Park soll es sich um den Fürst-Anselm-Park gehandelt haben.

Am 30. Januar 2024 trat der Rektor der Mädchenschulen St. Marien-Schulen in Regensburg, am Fürst-Anselm-Park, mit einem Brief zur „Schulwegsicherheit“ an die Eltern heran. Darin appellierte er an die Eltern, ihre Töchter darum zu bitten „nur gut ausgeleuchtete Wege und Straßen zu benutzen“. Die Kinder sollen unabhängig von der Tageszeit in Gruppen den Schulweg antreten. Im Umfeld des Unterstufenballs am 31. Januar 2024 wurden laut Rektor „wie in den vergangenen Jahren“ verstärkt Streifenfahrzeuge und Polizeikräfte eingesetzt.

Die Fürst-Anselm-Allee und der Bahnhof in Regensburg gelten als Einsatzschwerpunkte für die Polizei. Die Mädchenschulen liegen an der Allee und in der Nähe des Bahnhofs. Der Verfall der öffentlichen Sicherheit schränkt Anwohner, Passanten und Schüler in ihrer Lebensqualität ein. Dem muss der Freistaat entgegenwirken.

Hierzu ist ein verbessertes Sicherheitskonzept für die Stadt Regensburg notwendig. Mehr Polizeistellen für die entsprechende Wache sind notwendig. Weiterhin ist in der Nähe des Hauptbahnhofs Regensburg die Videoüberwachung von kritischen Stellen des öffentlichen Raumes zu verstärken. Eine Zusammenarbeit mit den St. Marien-Schulen und den Elternvertretern zur Verbesserung der Schulwegsicherheit soll zum Informationsaustausch führen. Eine Bürgerbeteiligung in Form eines Sicherheitsforums unter Einbeziehung der Anwohner, Schüler, der Lehrer und der Eltern ist nach dem Einsatz der Sicherheitsmaßnahmen als Kontroller der Wirksamkeit durchzuführen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 07.02.2024 **Drucksache** 19/**410**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**
Drs. 19/**385**

Durchgreifen und Abschieben – Regensburger Schülerinnen vor straffälligen Asylbewerbern schützen

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Katrin Ebner-Steiner
Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Karl Straub
Abg. Florian Siekmann
Abg. Christiane Feichtmeier
Staatsminister Joachim Herrmann
Abg. Christoph Maier

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)
Durchgreifen und Abschieben - Regensburger Schülerinnen vor straffälligen Asylbewerbern schützen (Drs. 19/385)

Ich eröffne die Aussprache und erteile der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, AfD-Fraktion, das Wort.

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im September 2023 berichten die Medien vom "Angstraum Regensburger Bahnhof", im Oktober vom hohen Ausländeranteil bei dortigen Sexualdelikten. Das Polizeipräsidium Oberpfalz teilt mit, dass die Tatverdächtigen bei Sexualstraftaten im Vorjahr in allen Fällen nicht deutsch gewesen sind. Im Oktober bestätigt die Polizei drei Sexualdelikte im Bahnhofsumfeld innerhalb nur eines Wochenendes, der Täter – ein Tunesier. Im November berichtet die Presse von einer offenen Drogenhändlerszene im Umkreis des Bahnhofs, die Täter – arabisch anmutende Männer.

Im Dezember setzt ein Supermarktleiter aus Regensburg in den sozialen Medien einen Hilferuf ab, demzufolge jeden Tag Männer aus dem nahen Asylwohnheim Rucksäcke und Taschen voller Waren stehlen. Marktleiter aus ganz Bayern berichten uns Ähnliches. Auch die Regensburger Polizei bestätigt eine Häufung von Ladendiebstählen seit dem Herbst 2023. Die Tatverdächtigen in einem Drittel der Fälle – Tunesier und andere Asylbewerber.

Im Januar dieses Jahres werden zwei Sexualdelikte innerhalb weniger Tage gemeldet. Im Februar wird eine 29-jährige Frau am helllichten Tag in einem Stadtpark vergewaltigt, die Täter – zwei Tunesier aus einem Flüchtlingsheim. Am 30. Januar appelliert der Rektor der St.-Marien-Mädchenschule an die Eltern, ihre Töchter nur gut ausgeleuchtete Wege und Straßen benutzen zu lassen. Die Kinder sollen den Schulweg nur noch in Gruppen antreten.

Ich frage Sie: Wie verzweifelt muss dieser Schulleiter gewesen sein?

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Um den Unterstufenball vor Vergewaltigern zu schützen, werden laut Rektor wie in den vergangenen Jahren verstärkt Streifenfahrzeuge und Polizeikräfte eingesetzt.

Meine Damen und Herren, Sie haben unsere Frauen und Kinder zu Freiwild und unser Land zum Selbstbedienungsladen für Sozialleistungsforderer und Strolche aus aller Welt gemacht!

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Das ist eine Frechheit! Unglaublich!)

Hier braucht es einen Geh-hoam-Plan. Wir fordern deswegen: Sorgen Sie endlich für die Abschiebung der Migranten, die sich illegal in Deutschland aufhalten!

Lassen Sie mich aber auch eines klarstellen: Diejenigen, die hier seit Jahren gut integriert leben, die Steuern zahlen, die zum Teil sogar AfD wählen, sind uns willkommen; denn auch wir als AfD wollen weiter Pizza essen und Espresso trinken.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Klar ist: Remigration muss rechtsstaatlich und gesetzeskonform erfolgen. Das ist doch selbstverständlich.

(Beifall bei der AfD)

Genauso selbstverständlich muss es aber sein, dass diejenigen, die unsere Gesetze verachten, unsere Kultur mit Füßen treten und die nicht integrierbar sind,

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie zum Beispiel!)

unser Land verlassen.

(Beifall bei der AfD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie zum Beispiel!)

Laut Bundeslagebild "Kriminalität im Kontext von Zuwanderung" werden in Deutschland über 90 % der Straftaten sexueller Gewalt von Zuwanderern begangen. Im gleichen Maße sind Deutsche deren Opfer.

Der Straftatbestand der Gruppenvergewaltigung existierte bei uns bis vor einigen Jahren überhaupt nicht, weil er so gut wie überhaupt nicht vorkam.

(Zuruf von den GRÜNEN: So ein Unsinn!)

Jetzt haben wir bundesweit über 2.800 Gruppenvergewaltigungen in vier Jahren zu verzeichnen. Die Hälfte der Täter waren nicht deutsche Staatsbürger, sie stammten meist aus den Top acht Asylherkunftsländern. Der Großteil der anderen Hälfte waren Täter mit deutschem Pass und Migrationshintergrund.

Jährlich werden im Schnitt rund 2.500 Einheimische allein von Zuwanderern vergewaltigt. Das sind sieben pro Tag.

Seit 2015 verzeichnen wir mindestens 7.000 Tötungsdelikte durch Migranten in Deutschland. Nun hat die massenhafte körperliche und sexuelle Gewalt auch auf Bayern übergegriffen. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Das zerreißt mir als Frau und Mutter das Herz.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Das glaube ich Ihnen nicht!)

Das Land, das Sie als Regierende in Bund und Land geschaffen haben, ist jetzt auch vor Ihrer Haustür angekommen. Jetzt sind auch Ihre Frauen, Schwestern, Mütter, Töchter und Freundinnen bedroht. Vor diesen werden Sie sich eines Tages rechtfertigen müssen, wenn Sie Ihre katastrophale Politik nicht endlich beenden.

Beginnen Sie jetzt! Beginnen Sie in Regensburg, indem Sie unserem Dringlichkeitsantrag zustimmen! Wir fordern, Kriminalitätsschwerpunkte und Asylheime systematisch zu kontrollieren, Straftäter konsequent zu verfolgen und für abgelehnte Asylbewerber vor allem eins: Abschieben, abschieben, abschieben!

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Die Zeit für konsequente Remigrationspolitik ist jetzt. Handeln Sie, bevor es zu spät ist! – Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gleich zu Anfang betonen, dass ich die Sorgen der Bevölkerung in Regensburg nachvollziehen kann und dass wir diese Sorgen natürlich ernst nehmen müssen.

Frau Ebner-Steiner, wenn Sie aber glauben, mit diesem Antrag, den Sie hier stellen, auch nur ein Prozent mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu erzeugen, dann sind Sie komplett fehlgeleitet. Sie gießen weiter Öl ins Feuer und zündeln, wo es nur geht.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Sie meinen, dass Sie unseren Innenminister Joachim Herrmann belehren müssen,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Anscheinend müssen wir das!)

welche Maßnahmen in solchen Fällen ergriffen werden müssen, dann täuschen Sie sich ganz gewaltig. Die Dinge, die Sie aufzählen, sind zum großen Teil schon lange umgesetzt oder in Bearbeitung. Das trägt zur Sicherheit der Bevölkerung bei.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der AfD)

Interessant ist Ihr verzweifelter Versuch, das Wort "Remigration" in einem Licht zu sehen, das irgendwie legitim ist.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist es auch!)

Dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt. Dieser Versuch ist absolut zum Scheitern verurteilt!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Was mir hier besonders wehtut: Wir sind vor Ort. Der Kollege Grossmann, der Kollege Eberwein, unser innenpolitischer Sprecher, der Herr Dremel, unser polizeipolitischer Sprecher, Herr Alfred Grob – wir kümmern uns vor Ort um die Belange.

(Christoph Maier (AfD): Das Ergebnis sieht man ja!)

Wir reden vor allem mit den Leuten, die in diesen Prozess involviert sind.

Ich war im Anker-Zentrum. Was mir hier besonders wehtut: Im Anker-Zentrum wird exzellente Arbeit geleistet.

(Benjamin Nolte (AfD): Das sieht man!)

Ich danke ausdrücklich Herrn Regierungspräsidenten Jonas, dem Einrichtungsleiter, Herrn Kreuzer, und den vielen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen, die hier ganz klasse Arbeit leisten. Auch diese Leute haben es verdient, einmal erwähnt zu werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen es auch in einer schwierigen Diskussion einmal ganz klar darstellen: Die ganz überwiegende Mehrheit der Flüchtenden – nicht alle werden dableiben dürfen – verhält sich in diesem Anker-Zentrum komplett anständig. Auch das muss man einmal sagen dürfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD: Beschwichtigung ist das!)

Momentan gehen Hunderttausende von Menschen gegen Sie auf die Straße.

(Zuruf von der AfD: Auch gegen Sie!)

Warum machen sie das? – Weil sie recht haben. Sie haben absolut recht, gegen Sie zu demonstrieren, weil Sie nichts anderes als zündeln können.

Gehen wir einmal darauf ein, was wir inhaltlich machen: Es gibt die Arbeitsgruppe "Gemeinsam stark für Regensburg", wo alle Akteure miteinander reden und ganz intensiv an der Lösung der Probleme arbeiten. Es wurde eine Ermittlungsgruppe gegründet, die sich ganz massiv um die Intensivstraftäter kümmert. Es gibt ein Sonderreferat bei der Staatsanwaltschaft, das das Thema so schnell wie irgend möglich abarbeitet. Wir haben die Polizeipräsenz auch unter Einsatz der Bepo erhöht. Die Videoüberwachung wird ausgeweitet. Das Ganze führt übrigens auch zum Erfolg.34 dieser Intensivstraftäter – das führt zur Sicherheit – wurden inzwischen festgenommen. Die haben im Schnitt 5,5 Straftaten begangen. Eines muss man ganz klar benennen: Es handelt sich hier hauptsächlich um Tunesier.

Hier komme ich zu Ihnen, liebe Kollegen der Ampel. Ich bitte Sie, endlich wahrzunehmen, dass humane Flüchtlingspolitik nicht das ist, was Sie momentan betreiben. Sie müssen den Tatsachen Rechnung tragen. Es wären ganz einfache Möglichkeiten vorhanden, endlich Tunesien und Marokko als sichere Herkunftsländer auszuweisen. Tunesier haben eine Ablehnungsquote von 97 %. Ich will hier in keinem Fall Tunesier über einen Kamm scheren. Die Leute, die ein beschleunigtes Asylverfahren bekommen, bekommen trotzdem ein faires Asylverfahren. Es geht nur eben schneller. Wir müssen den Leuten in Regensburg mal zeigen, dass wir dann tatsächlich abschieben können. Dafür brauchen wir sichere Herkunftsländer. Da bitte ich Sie, sich endlich in Berlin dafür einzusetzen. Dafür brauchen wir ein Abkommen mit den Herkunftsländern. Bitte geben Sie sich einen Ruck, damit wir hier endlich einen Schritt weiterkommen. Das ist dringend notwendig, um humane Flüchtlingspolitik zu betreiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wissen Sie, welche Vorteile außer einer humanen Flüchtlingspolitik das am Ende bringt? – Dass es dann eine Flüchtlingspolitik sein kann, die von der Gesellschaft wieder breit akzeptiert wird. Das bietet noch einen ganz großen Vorteil: Die AfD wird wieder unter 5 % sinken.

(Lachen bei der AfD)

Dann kommt die AfD dahin, wo sie hingehört, nämlich in die Hinterzimmer, nicht mehr hierher ins Parlament. Dann können Sie in Ihren Hinterzimmern machen, was Sie wollen. Dafür interessiert sich dann maximal noch der Verfassungsschutz. Aber wir hier brauchen uns dann nicht mehr mit solchen Anträgen herumschlagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Nächster Redner ist Herr Kollege Florian Siekmann für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Florian Siekmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich gleich klarstellen: Kriminalität wird bei uns nicht geduldet. Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte arbeiten. Die Menschen in Bayern und auch die Menschen in Regensburg leben grundsätzlich sicher.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe von der AfD)

Wenn lokal Probleme auftreten, dann wird reagiert. Die Einsatzgruppe "RaDiuS" ist eingesetzt worden. Wir haben ein Sonderreferat bei der Staatsanwaltschaft. Gerichtsverfahren werden gebündelt und beschleunigt durchgeführt mit dem Ergebnis, dass die Mehrfach- und Intensivtäter überwiegend in U-Haft sind. – Das ist die Wahrheit. Und wo wir bei der Wahrheit sind, mit der Sie es gern nicht so genau nehmen – zur Wahrheit gehört auch: Ein Fall, den Sie so prominent anführen, hat nach neuesten Ermittlungen gar nicht stattgefunden. Auch der Rektor der Mädchenschule verwahrt sich

dagegen, dass er von Ihnen instrumentalisiert wird, um Politik zu machen gegen Schutzbedürftige in unserem Land.

(Zurufe von der AfD)

Die GRÜNEN im Stadtrat von Regensburg – da kommen wir zum Kern der Sache – haben sich dafür eingesetzt,

(Zurufe von der AfD)

den Bahnhof und den örtlichen Park sicher umzugestalten. Die haben darauf gepocht, dass der kommunale Ordnungsdienst dort eine Priorität setzt.

Ich frage: Was haben Sie eigentlich gemacht, um die Probleme der Menschen vor Ort anzugehen? – Nichts, außer Terz hier im Landtag zu veranstalten!

(Zurufe von der AfD)

Denn in Wahrheit freuen Sie sich doch darüber, wenn Sie an einem weiteren Strohhalm ziehen können, um Ihre menschenfeindliche Politik zu propagieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, es ist doch ein durchschaubarer Versuch, alle Schutzbedürftigen als Straftäterinnen und Straftäter hinzustellen. Dabei sind viele – das ist ja die gute Nachricht – inzwischen verlässliche Nachbar:innen, geschätzte Arbeitskolleg:innen oder eben auch gute Freund:innen geworden. Das perfide Spiel, das Sie spielen wollen, spielen wir nicht mit. Es ist ein verzweifelter Versuch, nach weiteren Strohhalmen zu greifen, um menschenverachtende Vertreibungs- und Deportationspläne zu legitimieren.

Sie werden damit in diesem Haus an einer demokratischen Mehrheit scheitern, genauso wie Sie in diesem Haus an einer demokratischen Mehrheit scheitern werden, wenn Sie versuchen, das Vertrauen der Menschen in Polizei, Staatsanwaltschaften und Ge-

richte zu untergraben. Dieser Bayerische Landtag steht dafür, dass der Staat seinem Schutzversprechen in Bayern nachkommt!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Meldung zur Zwischenbemerkung kam leider erst nach dem Wortbeitrag, die Zwischenbemerkung kann deshalb nicht aufgerufen werden. – Unser nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Jeder Vorfall, der zu Ängsten und Verunsicherung in der Bevölkerung führt, ist nicht hinnehmbar. Deswegen müssen wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger rund um Regensburg ernst nehmen – und wir tun das auch. Bayerns Sicherheitsbehörden und Justiz sorgen in einem Maß für Ordnung und Sicherheit in Bayern, um das uns nicht nur weite Teile der Weltbevölkerung beneiden, sondern auch viele andere Bundesländer. Dafür gilt es erst einmal der Polizei und der Justiz, aber auch den beiden zuständigen tatkräftigen Staatsministern Herrmann und Eisenreich ganz herzlich Danke zu sagen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Grund für diese hervorragende Arbeit ist aber auch, dass Bayern schnell, konsequent und flexibel auf Herausforderungen und Fehlentwicklungen reagiert. So ist eben unter Leitung des Polizeipräsidiums Oberpfalz ganz schnell das Konzept "Gemeinsam stark für Regensburg" entwickelt worden. Die Polizeipräsenz ist erhöht worden, sowohl im Bahnhofsumfeld als auch im Ostpark. Es gibt verstärkte Kontrollen an den Schwerpunkten, auch in den Asylbewerberunterkünften. Die Videoüberwachung ist gemeinsam ausgedehnt worden, sowohl präventiv als auch zur Identifizierung von Tätern. Bayerns Justiz verfolgt eben auch Straftäter schneller und konsequenter, als das andere Bundesländer letzten Endes tun. Bei der Staatsanwaltschaft in Regensburg ist extra ein Sonderdezernat dafür gegründet worden.

Bayern ist auch bei Abschiebungen konsequenter und schneller als andere Bundesländer. Hier gilt die Maxime, den Aufenthalt von Straftätern, Gefährdern und Menschen, die durch Gewalttaten oder Randale auffällig geworden sind, so schnell wie möglich im Rahmen der bestehenden Gesetze zu beenden. Interessanterweise wird uns ja ansonsten bundesweit, aber auch hier im Haus immer vorgeworfen, dass wir zu rigoros wären. Aber es gibt auch tatsächlich Umstände, die ein schnelles Abschieben letzten Endes verhindern und die geändert gehören. Ich war schon vor über dreißig Jahren als Richter mit Abschiebehaftbefehlen befasst. Da war das Problem genau dasselbe wie jetzt. Es hat sich nichts daran geändert. Tunesien und Marokko sind nicht kooperationsbereit. Dorthin können Sie kaum jemanden abschieben. Es wird allerhöchste Zeit, dass wir endlich Rückführungsabkommen bekommen, die letzten Endes auch ihr Geld wert sind,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

und dass man auch auf Visahebel und letzten Endes auch auf Kürzung der Entwicklungshilfe setzt und die Liste der sicheren Herkunftsländer endlich um Tunesien und Marokko erweitert.

Wir in Bayern sehen es als unsere Aufgabe an, die Sicherheitslage täglich zu verbessern. Wir tun das auch, damit es objektiv keine Gründe für Ängste und Verunsicherung bei den Menschen gibt. Der vorliegende Antrag will genau das Gegenteil: Sie wollen Ängste und Verunsicherung schüren. Wenn es in dem Antrag schon "entschiedene Remigrationspolitik" heißt, so will der Antrag nichts anderes, als den Boden für Ihre Deportationsfantasien bereiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der, CSU, den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Das ist ein widerwärtiger Baustein auf Ihrem Weg! Das ist mit ein Baustein auf Ihrem Weg!

(Zuruf von der AfD: Und das sagt ein Richter!)

Sie wollen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung destabilisieren und letzten Endes abschaffen.

Ich verspreche Ihnen in einem letzten Satz: Die demokratisch denkenden Menschen in Bayern sind und bleiben in der großen Mehrheit. Das haben sie in den letzten Wochen deutlich gezeigt. Die Demokraten in diesem Haus werden die Menschen schützen und auch unseren freiheitlichen und lebenswerten Rechtsstaat schützen! – Danke, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

Christiane Feichtmeier (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Was rund um den Bahnhof in Regensburg passiert, ist in meinen Augen kein Flüchtlingsthema, sondern dort agiert eine Tätergruppe, die die Polizei bereits im August 2023 im Blick hatte. Sehr wohl haben die Stadtverwaltung, die Polizei und die Justiz die Situation rund um das Bahnhofsviertel im Blick. Die Stadt Regensburg hat ein Sicherheitskonzept erarbeitet mit kommunalem Dienst. Die Videoüberwachung wird ausgebaut. Die Polizei hat seit vielen Jahren das Bahnhofsviertel als gefährlichen Ort definiert und führt dort seitdem Schwerpunktkontrollen durch. Bei der Staatsanwaltschaft wurde ein Sonderreferat installiert, um die Täter schnellstmöglich zur Anklage zu bringen. Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, bei der Justiz und der Stadt für ihr konsequentes Handeln.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Antrag führt in keiner Weise zur Stärkung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Regensburger Bevölkerung, sondern spaltet einfach nur. Das lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Feichtmeier. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Hohes Haus! Ich sage in aller Kürze: Wie bereits angesprochen, nehmen wir selbstverständlich die Sorgen der Menschen überall in Bayern, aber ganz konkret natürlich auch in Regensburg und Umgebung wegen der unübersehbar zugenommenen Kriminalität in dieser Stadt sehr ernst. Ich bin sehr froh darüber, dass sowohl Polizei als auch Justiz bereits vor über einem Jahr hier mit einer Breite von Maßnahmen reagiert haben – denn das ist keine Entwicklung erst der letzten vier Wochen oder dergleichen – und dass die Polizeieinsätze kontinuierlich verstärkt wurden. Die Polizeiinspektion Regensburg wird durch zivile Kräfte und zusätzlich durch Einsätze der Reiterstaffel, der Bereitschaftspolizei usw. verstärkt. In der Debatte ist bereits angesprochen worden, dass auch die Staatsanwaltschaft reagiert hat, um die Verfahren zu beschleunigen. Das ist wichtig und richtig. Wir werden weiterhin alles dafür tun, dass hier jeder weiteren Ausweitung von Kriminalität massiv entgegengewirkt wird.

Wir haben hier in der Tat einen hohen Anteil von Personen, die als Flüchtlinge in unser Land gekommen sind. Regensburg ist, von der Unterbringung her, ein Schwerpunkt für Tunesier. Wir merken, dass hier die Zahl der Straftaten – da geht es zunächst einmal insbesondere um Diebstähle, aber auch um andere Straftaten – gewachsen ist. Deshalb müssen wir uns damit auseinandersetzen.

Meine Damen und Herren, ich sage klar: Da muss zunächst einmal die Justiz handeln, und das tut sie; denn in der Presseberichterstattung ist zu Recht die Rede von Mehr-

fach-, von Intensivtätern. Man muss sehen, dass 80 % derer, die da als mutmaßliche Intensivtäter geführt werden, im Moment hinter Gittern sitzen, weil sie nämlich alle, einerseits aufgrund der Fahndungsarbeit der Polizei und andererseits aufgrund der klaren Entscheidungen des entsprechenden Untersuchungsrichters, mit U-Haftbefehl hinter Gitter geschickt wurden. Es darf also nicht der Eindruck erweckt werden, als ob da nichts geschieht. Da wird sehr konsequent gehandelt. Dann müssen die Betreffenden den Gerichtsverfahren zugeführt werden. In der Tat ist es dann unser Bestreben, Straftäter so schnell wie möglich wieder außer Landes zu bringen.

Hier zeigen sich in der Situation dann auch immer noch Defizite: Die Rede ist von Tunesien. Gerade ist in der Debatte zu Recht angesprochen worden, dass – ganz offenkundig aufgrund der hohen Ablehnungsquote von 97 % derjenigen, die aus Tunesien hierherkommen und einen Asylantrag stellen – es sich eigentlich um ein typisches Land handelt, das als sicheres Herkunftsland eingeordnet werden sollte.

Ich darf schon noch mal daran erinnern: Darauf, dass Tunesien ein sicheres Herkunftsland ist und so eingeordnet werden sollte, haben sich CDU/CSU und SPD noch zu Zeiten der Großen Koalition im Jahre 2017 verständigt. Das ist damals am Widerstand der GRÜNEN im Bundesrat gescheitert. Die Mehrheit des Deutschen Bundestages hat damals dafür gestimmt. Im Bundesrat ist es allein am Widerstand der GRÜNEN gescheitert. Das ist die Realität. Seitdem kommt das immer wieder auf die Tagesordnung. Jedes Mal wieder, jetzt natürlich mit der neuen Ampel-Regierung in Berlin, scheitert es am Widerstand der GRÜNEN. Das muss man schon mal klar benennen. Das ist nicht die alleinige Ursache für die Kriminalität.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dass wir nicht beschleunigt abschieben können, das liegt am Widerstand der GRÜNEN.

Ich will das ausdrücklich noch mal sagen – da sind wir uns auch mit den sozialdemokratischen Kollegen in der Innenministerkonferenz völlig einig –: Die gesamte Innenmi-

nisterkonferenz und die Bundesinnenministerin sind der Meinung, Tunesien sollte als sicheres Herkunftsland eingestuft werden. Das scheitert nach wie vor ausschließlich an den GRÜNEN. Das muss man schon klar benennen.

Weiter sage ich, dass es schon problematisch ist, wenn wir zum Teil Abschiebungen nicht durchführen können, weil die Identität nicht geklärt ist und keine Papiere da sind.

(Zuruf von der AfD)

Da sage ich in der Tat auch: Ich habe das vom Ansatz her immer nachvollziehen können. Ich gehe noch mal zurück zu dem, was früher mal Kern von politischem Asyl war, meinetwegen in meiner Kindheit: Militärregime in Griechenland, und da gibt es Widerstandskämpfer. Die Demokraten fliehen aus Griechenland und erhalten hier bei uns Asyl. Daher hat es eine Logik, dass die Aufnahme eines Flüchtlings, der in Deutschland ankommt und keinen Pass mehr hat, nicht daran scheitern kann, dass da ein Einzelner zunächst mal keinen Pass hat. In der Regel konnte dann aber damals auch schnell die Identität geklärt werden.

Inzwischen haben wir eine Situation, in der Tausende und Abertausende in unserem Land ankommen, von denen keiner Papiere hat, wir dann aber nicht nur aus Deutschland, sondern auch aus Österreich und anderen Ländern entlang der Balkanroute Berichte bekommen, denen zufolge immer wieder Hunderte von Ausweispapieren in den Wäldern gefunden werden. Das heißt, ganz offenkundig raten Schleuserbanden den Leuten: Ihr habt eine bessere Chance, in Deutschland anzukommen, wenn ihr keine Papiere habt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wird dieser Rechtsstaat auf den Kopf gestellt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das können wir als Dauerzustand so nicht mehr laufen lassen. Von daher werden wir daran weiter konsequent arbeiten. Wir haben jetzt – dafür will ich mich noch mal beim Hohen Haus bedanken – immer weiter Verstärkung auch für die Polizei bekommen.

Deshalb wird am 1. März auch wieder eine sehr stattliche Zuteilung von neu ausgebildeten Polizeibeamtinnen und -beamten an alle Regierungsbezirke erfolgen. Auch die Oberpfalz wird einen kräftigen Zuschlag bekommen, der weit über dem liegt, was im letzten halben Jahr pensioniert worden ist. Damit wird auch die Stadt Regensburg eine Verstärkung erfahren, mit der sie weiterhin konsequent Kriminalität bekämpfen kann.

Ich sage abschließend: Ich habe großes Verständnis dafür, dass der Rektor dieser katholischen Schule die Eltern angesichts der Zunahme von Kriminalität gewarnt hat und ihnen sehr vernünftige Empfehlungen gegeben hat in der Frage, wie man sich da nachts in der Nähe dieses Parks verhält, dass man am besten in Gruppen geht und dergleichen. Das sind Empfehlungen gerade für junge Mädchen, die sicherlich an vielen Stellen nur klug und richtig sind; aber es ist auch völlig klar – in der Tat, ich bin dankbar, dass das angesprochen worden ist –, dass dieser Rektor überhaupt nicht so zu sehen ist und vor allen Dingen nicht selbst in dem Sinne missbraucht werden will, als ob er hier irgendwelchen extremistischen Positionen zuneigen würde oder hier den Weltuntergang nahen sähe. Ganz im Gegenteil geht es darum, dass wir ein vernünftiges Zusammenleben in Regensburg auch weiter ermöglichen.

Ich will schließlich auch darauf hinweisen: Natürlich sind Vergewaltigungen ganz fürchterliche Delikte; aber der aktuelle Ermittlungsstand bei den zwei Sexualdelikten, die im Januar gemeldet wurden, ist: Eine Tat ist inzwischen von der Kriminalpolizei und der Staatsanwaltschaft als vorgetäuschte Straftat ermittelt. Der momentane Stand ist eindeutig: Es findet jetzt ein Ermittlungsverfahren gegen die betreffende Person statt, weil auch Videoaufzeichnungen und andere Zeugenaussagen dafür sprechen, dass das eindeutig falsch ist, was sie behauptet hat.

Das ändert nichts an der gesamten übrigen Kriminalitätslage, aber es ist klug – und deshalb nenne ich dieses Beispiel noch mal –, dass wir alles seriös durch Polizei und Justiz ermitteln lassen. Die machen einen Superjob. Wir brauchen da nicht irgendwelche parteipolitischen Parolen und dergleichen zu verbreiten, sondern zunächst einmal – so gehört sich das in einem Rechtsstaat – machen Polizei und Justiz ihren Job.

Dann weiß ich wirklich: Was war da? Wer ist der Täter? Wer ist das Opfer? Was ist da geschehen?

Dann müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden: Die einen müssen hinter Gitter gebracht und die anderen wieder ins Ausland abgeschoben werden. Das ist unser Weg. In diesem Sinne werden wir weiterhin konsequent für die bestmögliche Sicherheit der Menschen in Bayern sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Maier, AfD.

Christoph Maier (AfD): Herr Staatsminister, Sie haben vor einigen Wochen den Masterplan Migration vorgestellt. Er enthält nur Elemente der Remigration. Es geht also nur darum, wie zugewanderte Migranten wieder aus dem Land gebracht werden können. Zum Teil handelt es sich dabei um straffällig Gewordene, zum Teil aber auch um Leute, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das haben Sie ausdrücklich gesagt. Sie haben davon gesprochen, dass diesen Personen die deutsche Staatsangehörigkeit wieder aberkannt werden kann.

Meine erste Frage an Sie: Wie soll die Umsetzung dieses Masterplans Migration erfolgen? Gibt es da schon konkrete Schritte? Wurden bereits Maßnahmen eingeleitet?

Meine zweite Frage: Wie wollen Sie die Abschiebung der Tunesier jemals erreichen, wenn Sie auf Bundesebene mit den GRÜNEN zusammenarbeiten wollen, die genau diese Abschiebungen nicht wollen?

(Beifall bei der AfD)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Erstens. Ich kann mich nicht erinnern, irgendwo erklärt zu haben, dass ich mit den GRÜNEN zu-

sammenarbeiten wolle. Ich bin auch nicht im Bundestag. Von daher ist Ihre Frage völlig abwegig.

Zweitens. Ich möchte nur zur Klarstellung darauf hinweisen, dass sich das Paket, das die Bayerische Staatsregierung beschlossen hat, nicht nur mit der Frage der Rückführungen beschäftigt, sondern auch darauf ausgerichtet ist, die illegale Migration zu reduzieren. Wir tun uns nämlich erheblich leichter, wenn bestimmte Leute erst gar nicht ins Land kommen. Dann müssen wir sie nämlich nicht nach einem Verfahren wieder außer Landes bringen. Auch das ist ein Teil dieses Maßnahmenpakets.

Die Umsetzung begann damit, dass wir zu den wesentlichen Punkten Anträge in den Bundesrat eingebracht haben. Diese Anträge können Sie bereits auf der Tagesordnung des Bundesrates finden. Was wir selbst in Bayern tun können, das tun wir bereits. Wir brauchen aber bei einer Reihe von Themen – ich habe das Land Tunesien angesprochen – Entscheidungen auf Bundesebene. Deshalb haben wir erneut eine ganze Reihe von Anträgen in den Bundesrat eingebracht. Wir hoffen, dass diese Anträge Unterstützung finden werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/385 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die restlichen Fraktionen des Hohen Hauses. Enthaltungen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/386 mit 19/388 und 19/397 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 16:33 Uhr)